



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Chancengleichheit

Sozialer Dialog, soziale Rechte, Arbeitsbedingungen, Anpassung an den Wandel
Sozialer Dialog und Arbeitsbeziehungen

AUSSCHUSS FÜR DEN SEKTORALEN SOZIALEN DIALOG BINNENSCHIFFFAHRT

Sitzung vom 1. Juli 2009 Protokoll (angenommen am 17. September 2009)

1. Annahme der Tagesordnung und des Protokolls der letzten Sitzung

Den Vorsitz führt Herr Lehninger (Arbeitnehmer). Die Tagesordnung sowie das Sitzungsprotokoll der letzten Sitzung (18. Februar 2009) werden angenommen.

2. Information der GD TREN

Herr Dieter (GD TREN) unterrichtet die Anwesenden über die wichtigsten Entwicklungen der jüngsten Zeit:

- Zweite Sitzung des Lenkungsausschusses des PLATINA-Projekts (<http://www.naiades.info/>) vom 17. Juni, in der unter anderem der 2. PLATINA-Ablaufplan erörtert wurde. Über 70 Personen nahmen an der Sitzung teil.
- Mitteilung der Kommission zur Zukunft für den Verkehr KOM (2009) 279 vom 17. Juni,¹ in der die Kommission alle Beteiligten aufruft, sich an der durch diese Mitteilung eingeleiteten Konsultation zu beteiligen. Herr Dieter ruft die Sozialpartner auf, ihre Meinungen über die Zukunft des Transports und zu möglichen interessanten Themen für den sozialen Dialog auf sektoraler Ebene zur Binnenschifffahrt zu äußern. Warum keine Vorlage einer Gemeinsamen Stellungnahme zu diesem Thema bis Ende September?
- Der nächste Marktbeobachtungsbericht werde in Kürze veröffentlicht². Er ist Bestandteil der im Namen der Europäischen Kommission und der Zentralkommission für die Rheinschifffahrt (ZKR) in Zusammenarbeit mit den Europäischen Organisationen für die Binnenschifffahrt ausgeführten regelmäßigen Beobachtung und Analyse der Binnenschifffahrt. Der neue Bericht werde es der Kommission erleichtern, die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf diesen Bereich besser zu bewerten. Herr Dieter gibt auch bekannt, dass eine branchenspezifische Anhörung von

¹ http://ec.europa.eu/transport/strategies/2009_future_of_transport_en.htm

² <http://www.ccr-zkr.org/>

der Kommission nach den Sommerferien (voraussichtlich am 7. Oktober) zur Analyse der Situation veranstaltet wird.

Hinsichtlich des letzten Punktes verständigen sich die Sozialpartner darauf, ihn auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen und vor der Sitzung hierzu voraussichtlich einen schriftlichen Beitrag vorzubereiten. Befragt nach dem künftigen Verhältnis zwischen der Kommission und der ZKR antwortet die Kommissionsvertreterin, dass das Kooperationsabkommen mit dem ZKR-Sekretariat aus dem Jahr 2003 (z.B. Umgang mit der Marktbeobachtung) in Kürze nochmals geprüft werde.

3. Information der GD EMPL

Frau Michard (GD EMPL) informiert die Teilnehmenden über die Bestimmungen für die Koordinierung der Sozialversicherungssysteme (neue Grundverordnung Nr. 883/2004³ und ihre neue Durchführungsverordnung⁴). In ihrer Präsentation erläutert sie die Geschichte der Koordinierung der sozialen Sicherheit in der EU, die Gründe der vom Rat und vom Europäischen Parlament im Jahr 2004 beschlossenen modernisierten Koordinierung, sowie die Grundprinzipien der Koordinierung. In punkto geltender Sozialversicherungsgesetzgebung verfolgte der Gesetzgeber einen zweifachen Ansatz: die Stärkung des Grundsatzes „*lex loci laboris*“ und die Begrenzung der Anzahl besonderer Vorschriften für die verschiedenen Arten von Berufstätigkeiten. Da die Übereinkommen der Jahre 1950 und 1979 über die Soziale Sicherheit der Rheinschiffer nicht in Artikel 6 der Verordnung Nr. 883/2004 aufgeführt sind, werden die Koordinierungsgrundsätze für die Rheinschiffer grundsätzlich in gleicher Weise wie für die Schiffer angewandt, die in diesem Bereich in anderen EU-Mitgliedstaaten (siehe hierzu Artikel 12 bis 16 der Verordnung Nr. 883/2004, insbesondere Artikel 13) beschäftigt sind.

Die Sozialpartner zeigen sich mit diesen neuen Grundsätzen einverstanden, betrachten aber die Regeln zur Beschäftigung von Arbeitnehmern aus Drittstaaten als für die Binnenschifffahrt nicht ausführbar. Seit 1950 ist der Beschäftigungsort für Rheinschiffer maßgeblich. Die Kommissionsvertreterin lenkt die Aufmerksamkeit der Teilnehmenden auf die Tatsache, dass Übergangsbestimmungen festgelegt wurden, um nachteilige Auswirkungen der neuen Bestimmungen hinsichtlich der Rechte von Personen zu vermeiden, die aufgrund früherer Bestimmungen von unterschiedlichen Rechtsvorschriften betroffen sind. Die Verordnung sieht vor, dass frühere Bestimmungen weiterhin für eine Höchstdauer von zehn Jahren anwendbar bleiben.

Frau Michard informiert die Anwesenden über die laufenden Arbeiten zu neuen Mobilitätsmustern. In diesem Zusammenhang soll geprüft werden, wie die neuen Koordinierungsbestimmungen die verschiedenen Arten grenzüberschreitender Tätigkeiten berücksichtigen und ob sie auf die Bedürfnisse der verschiedenen Beteiligten eingehen. Das Ergebnis dieser Arbeiten, für die die Sozialpartner und sonstigen Beteiligten konsultiert würden, werde voraussichtlich im nächsten Jahr in einer Mitteilung der Kommission präsentiert.

³ Siehe auch: <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=26&langId=de>

⁴ Die Durchführungsverordnung wurde vom Rat am 27. Juli 2009 angenommen. Sie wird am 1. März 2010 in Kraft treten (http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/en/misc/109355.pdf)

Die Kommissionsvertreterin gibt an, dass sie die „Verwaltungskommission“ über die seitens des Sektors vorgebrachten Bedenken informieren werde. Ähnliche Bedenken seien auch von Flugzeugbesatzungen vorgebracht worden.

Die Sozialpartner danken Frau Michard für ihre Erläuterung des Hintergrunds der neuen Vorschriften. Sie beschließen, Ende Juli eine gemeinsame Erklärung vorzubereiten. Der Punkt werde auf die Tagesordnung des nächsten Treffens gestellt, um weitere Maßnahmen zu besprechen, die von den Sozialpartnern auf nationaler Ebene zu ergreifen sind.

4. Arbeitsprogramm: Nächste Schritte

Die Sozialpartner besprechen die verschiedenen Punkte ihres Arbeitsprogramms 2009-2010⁵.

Hinsichtlich der Arbeitszeit bestätigen die Parteien, dass sich die Beratungsunterlage im Umlauf befindet. Die Entwurfsgruppe solle jedoch bereits mit den Arbeiten beginnen.

Hinsichtlich der beruflichen Profile zeigt sich die Arbeitgeberseite optimistisch, dass die Arbeit von PLATINA eine gute Grundlage für eine Behandlung des Themas bieten wird. Eine spezielle Arbeitsgruppe der Sozialpartner stellt somit keine Notwendigkeit dar. Die Arbeitnehmerseite äußert ihren Wunsch, auf den Prozess positiv einzuwirken. EBU informiert die Parteien, dass die PLATINA-Arbeitsgruppe das nächste Mal am 31. August tagen werde.

Besatzungsvorschriften: Laut dem Vertreter der GD TREN hat die Folgenabschätzungsstudie belegt, dass keine dringende Notwendigkeit für eine Harmonisierung in diesem Bereich besteht. Der Punkt stelle daher keine Priorität des Arbeitsprogramms der Kommission für die nächsten zwei Jahre dar. Dies soll die Sozialpartner jedoch nicht hindern, ihre eigene Bewertung vorzunehmen. Die Studie solle daher einen Ausgangspunkt darstellen. Die Arbeitgeber betrachten Arbeitszeiten und Berufsprofile zum jetzigen Zeitpunkt als wichtiger. Der Vertreter der Rheinkommission informiert über die laufenden Arbeiten in Bezug auf die verschiedenen Vorschriften für die Schiffsbesatzungen.

Arbeits- und Lebensbedingungen und unlauterer Wettbewerb: die Arbeiten hierzu haben noch nicht begonnen.

5. Wahl des Vorsitzenden und des stellvertretenden Vorsitzenden für die nächsten beiden Jahre

Im Interesse der Kontinuität benennen die Sozialpartner Herrn Koning (Arbeitgeber) als Vorsitzenden für die nächsten beiden Jahre. Herr Lehninger, dem für seinen Vorsitz in den letzten beiden Jahren freundlich gedankt wird, übernimmt das Amt des stellvertretenden Vorsitzenden.

5

http://circa.europa.eu/Public/irc/empl/sectoral_social_dialogue/library?l=/inland_waterways/2009/arbeitsprogramm_2009-201&vm=detailed&sb=Title

6. Sonstiges

Die nächste turnusmäßige Sitzung ist für den 17. September geplant. Die nächste Verhandlungssitzung (ohne Dolmetscher/innen) ist für den 29. Oktober 2009 geplant.

Participants 1.7.2009

Employers (EBU, ESO):

Ms Beckschäfer (DE)
Mr Koning (NL)
Mr Naaborgh (NL)
Mr Rusche (DE)
Mr Van Lancker (BE)
Mr Veldman (NL)

Workers (ETF):

Mr Biesold (DE)
Mr Bleser (LU)
Mr Bramley (ETF)
Mr Kerkhofs (BE)
Mr Lehninger (AT)
Ms Zlatkova (BG)

European Commission:

Mr Dieter (DG TREN)
Ms Durst (DG EMPL)
Ms Michard (DG EMPL)

Others:

Ms Tournaye (CCNR, Observer)